

Sozialistische Stadtteilarbeit

Gemeinsam statt vereinzelt: Die Linke im Alltag verankern, Mietenkämpfe organisieren, soziale Gegenmacht aufbauen

Dieses Konzept trägt einer strategischen Analyse einerseits und unseren begrenzten Ressourcen andererseits Rechnung. Wir sind 925 Mitglieder, Tendenz steigend, aber die Aktivierung stellt sich schwierig dar. Wir haben im Bezirk Eimsbüttel keine hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, alles findet im Ehrenamt statt. Wir wollen deshalb die Ressourcen und Strukturen, die wir haben, ausbauen und wirkmächtig machen. Unsere Leitidee: Unsere Politik darf nicht nur in Anträgen, in gut klingenden Formeln versprochen werden – sie muss im Stadtteil praktisch erfahrbar sein: Als Hilfe im Alltag, als gemeinsamer Kampf um Interessen und als Erfahrung, dass wir zusammen etwas verändern können.

Ausgangslage: Die Brandmauer allein stoppt den Rechtsruck nicht

Der bürgerliche Antifaschismus ist hilflos, weil er sich auf moralische Appelle, parlamentarische Abgrenzungsrituale und das Vertrauen in die bestehenden Institutionen beschränkt. Die AfD ist in den bundesweiten Umfragen stärkste Kraft. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern erreicht sie den Spitzenplatz in den Landtagswahlen. Gleichzeitig übernehmen Parteien der sogenannten Mitte immer mehr ihrer Begriffe, Feindbilder und politischen Forderungen: Schutzsuchende werden entrechtet, Armut wird bestraft, soziale Rechte werden unter Finanzierungsvorbehalt gestellt und Aufrüstung wird gegen den Sozialstaat ausgespielt.

Eine Brandmauer, hinter der die Politik der AfD teilweise selbst umgesetzt wird, schützt niemanden. Sie verschiebt den politischen Raum weiter nach rechts. Wer den Rechtsruck nur als Problem falscher Einstellungen behandelt, übersieht seine gesellschaftliche Grundlage: steigende Mieten, unsichere Arbeit, überlastete öffentliche Einrichtungen, Angst vor sozialem Abstieg, das Gefühl politischer Ohnmacht und eine zunehmende Vereinzelung. Daraus folgt nicht automatisch eine rechte Haltung. Aber dort, wo Menschen Konkurrenz, Kontrollverlust und soziale Kälte erleben, findet die autoritäre Rechte einen fruchtbaren Boden.

Unsere Antwort kann deshalb nicht allein aus besseren Argumenten, Analysen und Pressemitteilungen bestehen. Die Linke muss dort ansprechbar, nützlich und organisierend sein, wo Menschen ihren Alltag erleben: Im Haus, in der Straße, in der Siedlung und im Stadtteil. Sozialistische Politik beginnt damit, dass Menschen ihre gemeinsamen Interessen erkennen, sich miteinander verbinden und lernen, kollektiv zu handeln.

Unser strategischer Ansatz: Eine organisierende Partei im Stadtteil

Sozialistische Stadtteilarbeit bedeutet für uns mehr als Präsenz. Entscheidend ist das Verbindende: zuhören, gemeinsame Probleme sichtbar machen, Betroffene zusammenbringen, konkrete Forderungen entwickeln, gemeinsam handeln und die nächsten Schritte auswerten.

Wir wollen von einer Partei, die vor allem zu Menschen spricht, zu einer Partei werden, in der Menschen selbst aktiv werden können. Stadtteilarbeit ist deshalb weder bloße Sozialarbeit noch eine Dienstleistung der Partei. Sie ist der Aufbau dauerhafter Beziehungen, kollektiver Handlungsfähigkeit und demokratischer Gegenmacht. Menschen, die zunächst mit einem konkreten Problem zu uns kommen, sollen die Möglichkeit erhalten, gemeinsam mit anderen für eine Lösung zu kämpfen – unabhängig davon, ob sie bereits Parteimitglied sind oder nicht.

Der Bezirk Eimsbüttel ist sozial und räumlich vielfältig. Die Lebensrealitäten im dicht bebauten Kerngebiet unterscheiden sich von denen in Lokstedt, Niendorf, Schnelsen,

Stellingen oder Eidelstedt. Für die feste Verankerung auch außerhalb des Kerngebietes suchen wir, gemeinsam mit der Bezirksfraktion, ein barrierefreies, gut sichtbares Büro in Eidelstedt. Mit genug Platz um auch mal eine Versammlung mit über 30 Leuten zu halten, Sozialberatung und andere Veranstaltungen durchzuführen.

Wir sind Teil von lokalen Bündnissen, Initiativen und Vereinen, wie Eimsbüttel gegen Rassismus, Wir für Niendorf und Omas gegen Rechts. Die Junge Linke Eimsbüttel vertritt uns im 8. März Bündnis und im Hamburger Bündnis gegen Rechts. Werden von Initiativen, Bündnissen und Vereinen Räume benötigt, stellen wir unsere Büros zur Verfügung. Wir beteiligen uns an Volksinitiativen, sammeln Unterschriften für alle unterstützenswerten Anliegen.

Offene Stadtteilgruppen: Politik gemeinsam machen

Stadtteilgruppen sind das organisatorische Rückgrat unserer Strategie. Sie sollen niedrigschwellig, regelmäßig und offen für Interessierte sein. Sie werden von allen Mitglieder selbst gestaltet. Hier lernen wir untereinander mehr über unsere individuellen Fähigkeiten und Talente und bringen diese in die Parteiarbeit ein. Dabei hilft unsere Organizing-Plattform "Zetkin".

Ein verlässlicher monatlicher Termin schafft einen Ort für Austausch über das politische Geschehen und die konkreten Konflikte vor Ort. Zugleich plant jede Gruppe eine kleine, realistische Aktivität für den folgenden Monat: Einen Infostand, eine Haustüraktion, eine Leerstandsbegehung, ein Nachbarschaftstreffen, eine öffentliche Sprechstunde oder eine gemeinsame Aktion mit einer lokalen Initiative.

Damit solche Gruppen nicht von wenigen Daueraktiven abhängen, verteilen sie konkrete Rollen: Einladung, Moderation, Kontaktpflege, Aktionsplanung, Auswertung und die Ansprache neuer Mitstreiter*innen. Neue Menschen erhalten eine überschaubare Aufgabe und eine feste Ansprechperson. Die Gruppen dokumentieren knapp, was sie erfahren haben, welche Kontakte weitergeführt werden sollen und welche Unterstützung sie vom Bezirksvorstand oder von der Bezirksfraktion benötigen.

Wohnen ist unser verbindendes Kernthema

Die Wohnungsfrage berührt fast alle: Mieterhöhungen, hohe Betriebs- und Heizkosten, Wohnungsmangel, Verdrängung, Leerstand, mangelhafte Instandhaltung und die Umwandlung von Wohnraum in ein Anlageobjekt. Im Wohnen wird die Klassenfrage jeden Monat konkret. Zugleich bietet kaum ein anderes Thema so viele Möglichkeiten, Menschen nicht nur anzusprechen, sondern dauerhaft im eigenen Haus oder Quartier zu organisieren. Leerstand, Wuchermieten und rechtswidrige Ferienwohnungen sind nicht die alleinige Ursache der Hamburger Wohnungskrise. Ihre Bekämpfung schafft aber unmittelbar Wohnraum oder vergünstigt ihn so, dass Wohnen wieder leistbar ist. Hier wird die Profitlogik sichtbar und ermöglicht konkrete, gewinnbare Auseinandersetzungen.

Leerstand aufspüren und Wohnraum zurückholen

Wir entwickeln eine bezirkliche Kampagne gegen spekulativen und ungenehmigten Leerstand. Gemeinsam mit Nachbar*innen sammeln und prüfen wir Hinweise, informieren über die Möglichkeit anonymer Meldungen und dokumentieren, wie die zuständigen Stellen damit umgehen. Wohnraum, der länger als vier Monate leer steht, muss in Hamburg grundsätzlich angezeigt werden. Aus einzelnen Hinweisen soll ein öffentlich sichtbares Bild darüber entstehen, wo Wohnraum dem Gemeinwohl entzogen wird und wo die Durchsetzung des Wohnraumschutzes stockt.

Der Arbeitskreis Wohnen entwickelt dazu konkrete Formate, wie etwa Kiezspaziergänge oder Informationsabende, um das Thema in die Nachbarschaft zu tragen. Die

Bezirksfraktion soll dieses Wissen parlamentarisch nutzbar machen: durch regelmäßige Anfragen zu Fallzahlen, Bearbeitungsdauer, Personal, Genehmigungen, Anordnungen, Bußgeldern und tatsächlich wieder zu Wohnzwecken zugeführtem Wohnraum. Wo Vollzugskapazitäten fehlen, kämpfen Partei und Fraktion gemeinsam für mehr Personal und konsequente Durchsetzung.

Rechtswidrige Ferienwohnungen zurückdrängen

Wohnungen sind zum Wohnen da. In Eimsbüttel haben wir erste Erfolge gegen Ferienwohnungen erzielt: Unsere Arbeit hat mit dazu geführt, dass die 50 %-Ausnahme (bis zu 50 % der Wohnung durften genehmigungsfrei und zeitlich unbegrenzt als Ferienwohnung überlassen werden) ab 1.1.2027 in der Novelle des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes gestrichen wurde. Wir informieren weiter darüber, dass auch die kurzzeitige Vermietung grundsätzlich registriert werden muss und eine Hauptwohnung höchstens acht Wochen im Kalenderjahr ohne Zweckentfremdungsgenehmigung als Ferienwohnung überlassen werden darf. Auffällige gewerbliche Angebote und fehlende Wohnraumschutznummern können Hinweise auf Verstöße sein. Wir sammeln solche Hinweise verantwortungsvoll, ohne private Daten öffentlich zu machen, und leiten sie an die zuständigen Stellen weiter. 2027 veranstalten wir dazu einen Themenabend: Wir werfen einen Blick auf die aktuelle Rechtslage und relevante Plattformen und lassen den Abend gemeinsam ausklingen. Politisch fordern wir transparente Kontrollen der Plattformangebote, eine wirksame Verfolgung rechtswidriger Nutzungen und die konsequente Rückführung zweckentfremdeten Wohnraums. Die Ergebnisse der behördlichen Arbeit müssen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar werden.

Haustürarbeit in großen Wohnungsbeständen

In großen Beständen von Vonovia, SAGA und anderen Wohnungsunternehmen starten wir eine systematische Haustürarbeit.

Ein kurzer Fragebogen hilft uns, gemeinsame Themen zu erkennen: hohe Neben- oder Heizkosten, Mängel, ausbleibende Reparaturen, Barrieren, Aufzüge, Schimmel, fehlende Begegnungsräume, steigende Mieten oder der Umgang der Hausverwaltung mit Beschwerden. Die Erhebung ist kein Selbstzweck. Auf jedes Gesprächsprojekt folgt eine verbindliche Auswertung und ein zweiter Schritt: eine Mieter*innenversammlung, ein Treffen im Haus oder Quartier und – wo die Bewohner*innen es wollen – der Aufbau einer dauerhaften Haus- oder Siedlungsgruppe.

An die guten Erfahrungen, zum Beispiel aus den Grindelhochhäusern, knüpfen wir an: Partei und Bezirksfraktion können Räume öffnen, Informationen beschaffen und Öffentlichkeit herstellen. Die Forderungen und Entscheidungen müssen aber von den Mieter*innen selbst getragen werden. Unser Ziel ist nicht, stellvertretend für sie zu handeln, sondern sie dabei zu unterstützen, gemeinsam handlungsfähig zu werden.

Solidarität erfahrbar machen: Erlebnissozialismus gegen Vereinzelung

Rechte Politik lebt von der Erzählung, jeder müsse allein zurechtkommen und soziale Sicherheit könne es nur auf Kosten anderer geben. Wir setzen dem eine andere Erfahrung entgegen: Menschen können sich gegenseitig unterstützen, Wissen teilen und gemeinsam Räume schaffen, die nicht nach Kaufkraft, Herkunft oder Status sortieren. Wir nennen das Erlebnissozialismus – nicht als Eventetikett, sondern als praktische Erfahrung von Solidarität und Gemeinsamkeit.

Dazu entwickeln wir in und um unser Büro sowie an wechselnden Orten im Bezirk niedrigschwellige Angebote:

Regelmäßige offene Sozialsprechstunden, die bei Anträgen, Behördenproblemen und der Suche nach zuständiger Unterstützung hilft und systematische Probleme politisch zurückspiegelt;
eine Kriegsdienstverweigerungsberatung in Zusammenarbeit mit fachkundigen Partner*innen, die jungen Menschen ihre Rechte erklärt und den Widerstand gegen Militarisierung praktisch unterstützt;
verlässliche Zeiten für ein offenes linkes Büro, in dem Genoss*innen und Nachbar*innen ohne Termin mit ihren Fragen, Problemen und Ideen vorbeikommen können;
Umsonstangebote und Tauschcafés, die Ressourcen teilen und Begegnung ermöglichen; Repaircafés, Näh- und Reparaturworkshops, bei denen Fähigkeiten weitergegeben und Dinge gemeinsam erhalten werden;
Spieleabende und andere offene Nachbarschaftstreffen, die Menschen zusammenbringen, die über klassische Parteiformate kaum erreicht werden.

Diese Angebote ersetzen weder einen starken Sozialstaat noch professionelle Beratung. Sie werden politisch, indem sie individuelle Probleme als gemeinsame Erfahrung sichtbar machen, Beziehungen entstehen lassen und Wege in kollektives Handeln öffnen. Sie lassen die neue Welt noch nicht entstehen, machen aber konkret erfahrbar, wie eine Welt aussehen würde, in der unsere Ideen von Gesellschaft Realität sind.

Organisierung braucht Verbindlichkeit und Ressourcen

Sozialistische Stadtteilarbeit entsteht nicht nebenbei. Der Bezirksvorstand muss sie als gemeinsame strategische Aufgabe behandeln, Ressourcen bereitstellen und zwischen Partei, Stadtteilgruppen und Bezirksfraktion koordinieren. Dazu gehören Aktionsmaterial, erreichbare Räume, ein kleines eigenes Budget, Schulungen und eine verlässliche Kontaktpflege.

Wir qualifizieren Mitglieder in Haustürgesprächen, aktivierendem Zuhören, Versammlungsmoderation, Sozialleistungs- und Wohnraumschutzfragen sowie Datenschutz. Kinderbetreuung, barrierearme Zugänge und – wo möglich – mehrsprachige Materialien sollen Beteiligung erleichtern. Politische Verantwortung wird auf mehrere Schultern verteilt; Wissen und Kontakte dürfen nicht bei Einzelpersonen verbleiben.

Alle Mitglieder sollen im Bezirksverband die Möglichkeit haben, sich politisch zu verwirklichen und Teil zu haben an der Arbeit für eine bessere Zukunft. In unserer Partei bilden sich dabei die selben strukturellen Benachteiligungen für FLINTA* ab, die auch gesamtgesellschaftlich vorhanden sind: Der Großteil der Sorgearbeit liegt bei ihnen, das sorgt dafür, dass FLINTA* von der Teilnahme an Parteiarbeit strukturell ausgeschlossen sind. Wir wollen, dass FLINTA* sich den Raum nehmen können, den sie brauchen, um sich politisch zu verwirklichen. Im Arbeitskreis FLINTA* Empowerment arbeiten wir an Konzepten, um diese Benachteiligung strukturell auszugleichen: Wir organisieren einen FLINTA*-Stammtisch, um auch hier einen niedrigschwelligen Zugang zu Vernetzung anzubieten. Auf Mitgliederversammlungen bieten wir Kinderbetreuung an. Ebenso arbeiten wir daran, die satzungsmäßig vorgeschriebene Quotierung in allen Bereichen des Bezirksverbandes zu realisieren. Das heißt: Nicht nur in Ämtern, sondern auch in Sprechanteilen soll sich in Zukunft abbilden, dass die Hälfte der Partei den FLINTA* gehört. Denn bisher liegt ein Großteil der Sprechanteile bei männlich gelesenen Personen. Das macht patriarchale Strukturen innerhalb unserer Partei nicht nur für alle sichtbar, sondern manifestiert diese auch im selben Zuge immer wieder von neuem. Ein Männerplenum wurde initialisiert. Auch mit dem Ziel, dass männlich gelesene Personen dazu beitragen können, die Partei für FLINTA* zu einem Ort zu machen, an dem sie gleichermaßen partizipieren können.

Wir messen Erfolg nicht nur an verteilten Flyern oder einmaligen Kontakten. Entscheidend ist, ob Menschen wiederkommen, Verantwortung übernehmen, Haus- und Stadtteilgruppen

224 entstehen, konkrete Verbesserungen erreicht werden und aus Betroffenen dauerhaft
225 politisch Handelnde werden. Nach einem Jahr wertet die Mitgliederversammlung die
226 Strategie aus und entscheidet über ihre Weiterentwicklung.

227

228 Der Rechtsruck wird nicht durch Appelle allein gestoppt. Er wird zurückgedrängt, wenn
229 Menschen erleben, dass sie nicht ohnmächtig sind, dass Solidarität stärker sein kann als
230 Konkurrenz und dass sie konkret etwas an den Verhältnissen ändern können. Unsere
231 Aufgabe ist es, diese Erfahrung möglich zu machen: Haus für Haus, Straße für Straße und
232 Stadtteil für Stadtteil.